

Mir A. Ferdowski

Sicherheit und Frieden nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes

Autoren:

Joachim Betz
Dieter Bingen
Ernst-Otto Czempiel
Mir A. Ferdowski
Uwe Halbach
Magarditsch Hatschikjan
Heinrich-W. Krumwiede
Hanspeter Mattes
Volker Matthies
Uwe Nerlich
Peter J. Opitz
Reinhardt Rummel
Peter Schlotter
Gerhard Wettig

München 1994 – 1. Auflage

BAYERISCHE LANDESZENTRALE
FÜR POLITISCHE BILDUNGSARBEIT

Gedruckt auf Recyclingpapier



Herausgeber: Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit,
München

Redaktion: Dr. Zdenek Zofka

Umschlaggestaltung: Grafik + Design Studio Hugo Ballon, 82152 Planegg

Gesamtherstellung: SOV Graphische Betriebe, Bamberg

95 P 99

Inhaltsverzeichnis

~~MIR A. FERDOWSI~~
 Das Ende des Kalten Krieges und der Zerfall des Sowjetimperiums.
 Eine retrospektive Betrachtung..... 11

~~MIR A. FERDOWSI~~
 Globale Bedrohungspotentiale – eine kritische Bestandsaufnahme 23

Sicherheit und Frieden in der „Einen Welt“: Chancen – Risiken – Tendenzen

~~GERHARD WETTIG~~
 Rußland/GUS – Reform oder Restauration?..... 45

~~DIETER BINGEN~~
 Ost-Mitteleuropa – vom Warschauer-Pakt zur NATO? 73

~~MAGARDITSCH HATSCHIKJAN~~
 Süd-Osteuropa – vermintes Gelände? 93

~~REINHARDT RUMMEL~~
 Europäische Union – auf dem Weg zur Ordnungsmacht in Europa? 111

~~PETER J. OPITZ~~
 Die asiatisch-pazifische Region – Ruhe vor dem Sturm?..... 127

~~JOACHIM BETZ~~
 Südasien – Sicherheitsgefüge im Wandel? 145

~~UWE HALBACH~~
 Mittelasien – auf der Suche nach einer neuen Ordnung?..... 155

~~MIR A. FERDOWSI~~
 Naher und Mittlerer Osten – vom regionalen Sicherheitssystem zum
 Bilateralismus?..... 171

~~HANSPETER MATTES~~
 Nordafrika – von intraregionalen Konfliktfronten zum horizontalen Krisen-
 management?..... 185

VOLKER MATTHIES

Subsahara-Afrika – vom Schauplatz des Ost-West-Konflikts zur
peripheren Katastrophenregion? 196

HEINRICH-W. KRUMWIEDE

Lateinamerika – Frieden durch Demokratie? 215

ERNST-OTTO CZEMPIEL

USA – Supermacht wider Willen? 225

Friedenssicherung in einer multipolaren Welt

 UWE NERLICH

Die NATO – eine neue Verbindung von kollektiver Verteidigung und
kollektiver Sicherheit. Herausforderungen der 90er Jahre. 239

 PETER SCHLOTTER

Die KSZE – Möglichkeiten und Grenzen einer multinationalen Friedens-
gestaltung in Europa..... 257

 PETER J. OPITZ

Die UNO – zwischen kollektiver Sicherheit und humanitärer Intervention. .. 273

Das Ende des Kalten Krieges und der Zerfall des Sowjetimperiums. Eine retrospektive Betrachtung.

Es ist zwar unbestritten, daß das Ende des Kalten Krieges mit dem Gipfeltreffen von Gorbatschow und Bush vor Malta im Dezember 1989 eingeleitet und ein halbes Jahr später beim Gipfeltreffen in Washington bestätigt wurde, als die USA und die Sowjetunion feierlich proklamierten, einander nicht mehr als Gegner zu betrachten. Besiegelt wurde das Ende dieses seit 1947 vorherrschenden Strukturmusters des internationalen Systems jedoch mit der „Charta von Paris für ein neues Europa“, als die Staats- und Regierungschefs der KSZE-Staaten am 21. November 1990 „das Zeitalter der Konfrontation und der Teilung Europas“ für beendet erklärten (*Euro- pa-Archiv 24/1990, S. D 656–664*).

Fraglich scheint allerdings nach wie vor, ob die Ursachen dieser historischen Entwicklung auf die „Kraft der Ideen der Schlußakte von Helsinki“ zurückgeführt werden können, wie die Charta es suggeriert. Denn bei nüchterner Betrachtung jener Prozesse und Entwicklungen in der Sowjetunion seit der Mitte der achtziger Jahre, deren Endpunkt das Zustandekommen der Charta war, erweist sich, daß das Ende des Ost-West-Antagonismus in Europa keineswegs das Ergebnis einer Zivilisierung der Konfliktaustragung war, sondern ermöglicht wurde, weil „die eine Macht nicht mehr in der Lage war, sich am Spiel zu beteiligen“ (*Birckenbach 1991, S. 21*) und sich sukzessive zurückzog bzw. ihre Machtstellung aufgab. Doch dies geschah weder freiwillig noch war es von den Akteuren vorhersehbar, die selbst von der Dynamik der Entwicklung überrollt worden zu sein scheinen. So gibt es auch heute wenig Grund für den Westen, sich als „Sieger“ zu fühlen. Er hat das östliche System nicht zum Einsturz gebracht, sondern ist vielmehr der „Überlebende“ in einem mörderischen Konkurrenzkampf beider Systeme (*Hecker 1992, S. 468*).

Selbst wenn davon ausgegangen werden kann, daß die Auflösung des Imperiums kein „historischer Unfall“ war, der durch eine umsichtigeren Politik leicht hätte verhindert werden können (*Simon 1993, S. 128*), so werfen doch die Ursachen des vergleichsweise sehr raschen Niedergangs, Verfalls und schließlich Zerfalls des riesigen sowjetischen Imperiums – eines Zerfalls zumal, der sich bislang im großen und ganzen friedlich vollzogen hat und dessen Dimension weder von „Kreml-Astrologen“ noch von der Osteuropaforschung vorausgesehen wurde (*Bonwetsch 1992, S. 51; Simon 1992, S. 32–38*) – Fragen auf, auf die es allerdings bislang noch kaum befriedigende Antworten gibt. Dies mag zwar mit der Binsenweisheit zusammenhängen, daß sich solch tiefgreifende Ereignisse nicht aus einer einzigen Ursache heraus erklären und nur schwer als einheitlichen Prozeß verstehen lassen. Eine Annäherung könnte aber durch die systematisch angelegte, nähere Betrachtung einiger Segmente

der Entwicklungen gelingen, die ihren Ausgang in der Sowjetunion selbst nahmen, wo der neue Generalsekretär Michail Gorbatschow schon bald nach seinem Amtsantritt im März 1985 die Weichen in Richtung einer tiefgreifenden Reformpolitik gestellt hatte – von der Einsicht geleitet, daß in vielen Bereichen der inneren und äußeren Politik der Sowjetunion Veränderungen dringend geboten waren. Dies betraf vor allem die ökonomische Misere, die nicht nur der dem Kommunismus eigenen, verfehlten Wirtschaftspolitik, sondern auch der Hochrüstung anzulasten war, die die angebliche militärische Überlegenheit gegenüber der westlichen Allianz sicherzustellen hatte.

Denn der Niedergang der sowjetischen Wirtschaft war seit Ende der 70er Jahre unübersehbar geworden. Hinzu kam der sich deutlich vergrößernde technologische Rückstand gegenüber den Staaten des Westens. Die tieferen Ursachen für diese Entwicklung lagen in grundlegenden Strukturdefiziten des kommunistischen Systems sowie in einer „imperialen Überdehnung“, die insbesondere das Ende der Breschnew-Ära geprägt hatte. Der durch diese Politik wesentlich verursachte Rüstungswettlauf und die damit verbundenen Kosten hatten die Mängel des sozialistischen Systems weiter verschärft.

Das Sinken des Lebensstandards und ein stagnierendes Wirtschaftswachstum waren nicht nur ernstzunehmende Warnzeichen, die auch der elfte Fünfjahresplan (1981-1985) zum Ausdruck brachte, sondern sie waren Indizien für eine Entwicklung, die kurz nach Ende des Zweiten Weltkrieges begonnen hatte: die permanente überproportionale Bereitstellung von Ressourcen für den Rüstungssektor, die sich immer mehr als Überforderung der eigenen wirtschaftlichen Möglichkeiten erwies und darüber hinaus durch die Abschottung ziviler von militärischen Industrien eher verschlimmert worden waren, da der im Westen zumindest in Maßen zu verzeichnende „Spin-off“-Effekt vom militärischen in den zivilen Bereich ausblieben (*Schröder 1990*); die Institutionen des Verteidigungssektors versorgten allenfalls die Zivilwirtschaft mit Gütern und Dienstleistungen (*Davis 1990*).

Doch diese sozio-ökonomischen Disparitäten bildeten nur einen Teilaspekt der Systemkrise. Vor allem wegen des Krieges in Afghanistan seit Ende 1979 war das Land nicht nur außenpolitisch in Isolation geraten, sondern der Krieg hatte auch innenpolitische Lähmung verursacht.

*Schröder nach 20
SA nach Ende 90er*

Von „Perestrojka“ zu „Glasnost“ – und was dann?

Es lag zwar nahe, daß Gorbatschow diese in zunehmendem Maße eklatant wie offensichtlich werdenden Misere des Landes zu beheben beabsichtigte, doch er verfügte weder über ein fertiges, konkretes Programm, noch über eine noch so vage Vorstellung darüber, wohin „die Reise gehen“ sollte. Erst ein Jahr später – insbesondere nach dem XXVII. Parteitag (Februar/März 1986) – setzten sich zunehmend Bezeichnungen wie „Perestrojka“ (Umgestaltung, Umbau), „radikale Reform“, „tiefgreifende Erneuerung“ und sogar „Revolution“ zur Bezeichnung des neuen

Kurses durch (Gorbatschow 1987). Sie täuschen jedoch darüber hinweg, daß keine Umwandlung des Herrschafts- und Gesellschaftssystems, sondern vielmehr Verbesserungen und Modifikationen der bestehenden Ordnung vorgesehen waren. Nach wie vor wurden die alles beherrschenden Prinzipien (Marxismus-Leninismus; darauf beruhend das Machtmonopol der Kommunistischen Partei; Planwirtschaft) nicht in Frage gestellt.

Durch seinen umfassenden politischen und wirtschaftlichen „Umbau“ (Perestrojka) hoffte Gorbatschow, den drohenden Kollaps verhindern und die gefährdete Weltmachtstellung der Sowjetunion neu sichern zu können – eine Rolle freilich, der sie wirtschaftlich nie gewachsen gewesen war, wie der ehemalige Außenminister Eduard Schewardnadse in seinen Memoiren schreibt. Er begründet auch die Notwendigkeit einer neuen Politik:

„den Krisenzustand zu überwinden, der die Sicherheit und die Interessen des Staates bedrohte . . . Eine Supermacht waren wir ausschließlich dank unserer militärischen Stärke geworden. Doch durch ihren maßlosen Ausbau gerieten wir in die Lage eines drittrangigen Landes; mehr noch, unsere Rüstungspolitik bewirkte Prozesse, die unser Land an den Rand einer Katastrophe führten . . . Wir brüsten uns zwar, militärische Parität mit den USA erreicht zu haben, können aber nicht einmal davon träumen, ein annäherndes Gleichgewicht der Produktion von Einwegspritzen, Lebensmitteln und Gegenständen des täglichen Bedarfs zu erzielen, deren katastrophales Fehlen unsere Sicherheit keineswegs festigt und der Sicherung der nationalen Interessen in keinerlei Weise dient“ (Schewardnadse 1991).

Dennoch gab Gorbatschow die Illusion, man könne einerseits an allen wesentlichen Elementen der sozialistischen Planung und Leitung der Wirtschaft festhalten und andererseits die Marktwirtschaft einführen, erst ein Jahr später auf, als sich die Wirtschaftspolitik der Perestrojka als vollständiger Mißerfolg erwies.

Geleitet von der Einsicht, daß die Reform der Wirtschaft ohne eine Reform des Gesellschaftssystems nicht möglich sein würde, gelangte er zum „Glasnost“-Programm der politischen Öffnung und verband beide Reformansätze zur formell „radikalen Umgestaltung der Wirtschaftsleistung“ (Gorbatschow 1989). Doch auch hierbei sollte das bestehende System nicht aufgehoben, sondern durch Reformen verbessert werden, wie der Verlauf der XIX. Parteikonferenz zeigt, auf der die ersten Schritte zur Einführung des Parlamentarismus beschlossen wurden, die mit der Verfassungsreform und dem Wahlgesetz vom 1. Dezember 1988 in Kraft traten. Dahinter stand das Kalkül, es könne und müsse gelingen, mit der teilweisen Übernahme parlamentarischer Institutionen in der Gesellschaft eine neue Vertrauensbasis für die Einparteiensherrschaft zu schaffen und deren Bestand auf diese Weise für die Zukunft zu sichern. Doch die Einführung von ein wenig Parlamentarismus oder Schein-Parlamentarismus löste die Forderung nach umfassendem Parlamentarismus aus. Hierzu hat nicht zuletzt Glasnost beigetragen, die zwar die schwerfällige Bürokratie und den Dogmatismus in der KPdSU überwinden wollte, aber sich insbesondere für die Publizistik als eine wichtige Triebkraft erwies, die in den wenigen Jahren zwischen

1986 und 1990 das in Jahrzehnten aufgebaute propagandistische Selbstbildnis des sowjetischen Sozialismus demontierte. Vieles spricht für die Annahme, daß das Sowjetsystem gescheitert sei, weil es die „Wahrheit über sich selbst“ nicht habe verkraften können (*Bonwetsch 1992, S. 553*).

Hinzu kamen auch die Verschlechterung der ökonomischen Situation sowie eine Verschärfung der Versorgungskrise, die die Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit des gesamten Reformprojektes gefährdeten. Denn seit 1989 war die Versorgung mit Grundnahrungsmitteln und alltäglichen industriellen Konsumgütern in immer mehr Städten und Regionen der Sowjetunion nicht mehr gesichert. Während in der UdSSR 1983 im allgemeinen ca. 90 Prozent der Grundnahrungsmittel erhältlich waren, fiel dieser Anteil 1989 auf 22 Prozent und Mitte 1990 auf nur noch 11 Prozent. Die Versorgungskrise war begleitet und zum Teil bedingt durch den Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Leistung. Bei voller Berücksichtigung der Inflation fiel das Bruttosozialprodukt (BSP) im Jahre 1989 um drei bis vier Prozent, 1990 um weitere fünf bis sieben Prozent, und im Jahre 1991 um mindestens fünfzehn Prozent. Die inflationäre Krise der Geldwirtschaft verschärfte die Situation weiter: Hatten sich Ende 1987 etwa 80 Mrd. Rubel im Umlauf befunden, so wuchs diese Summe 1990 auf 104 Mrd. und 132 Mrd. Anfang 1991. Bei rückläufiger Produktion und fallendem Warenangebot nahm die Geldmenge ständig zu, um Ende 1990 etwa 250 Mrd. Rubel, die nicht durch Warenangebote gedeckt waren, zu erreichen. Die Folge war eine sich stetig verschärfende Inflation (*Simon 1993, S. 117 f.*).

Außenpolitik – Externalisierung innenpolitischer Probleme

Nicht anders sah es im außenpolitischen Bereich aus. Denn als Gorbatschow 1985 die Führung der Sowjetunion übernahm, gab es nicht nur Krisensymptome im osteuropäischen Hegemonialbereich, sondern die Expansion in der Dritten Welt war offensichtlich an Grenzen gestoßen, und gegenüber dem Westen dominierte eine abweisende bis frostige Verweigerungshaltung. Insbesondere seit 1988 gab die Sowjetunion nach und nach in fast allen Teilen der Welt ihre Position als Hegemonialmacht auf, räumte ihre Einflußzonen und trennte sich von der früheren Klientel. Hatte doch dasselbe Land ein Jahrzehnt früher seinen Großmachtstatus im „Bericht des Zentralkomitees der KPdSU“ an den XXV. Parteitag dokumentiert, wo es heißt: „Es gibt jetzt wohl keinen Winkel der Erde, dessen Verhältnisse bei der Gestaltung unserer Außenpolitik nicht so oder anders berücksichtigt werden müßten“ (*Sowjetunion heute 5/1976, S. 4*).

Doch die Hegemonialstellung der Sowjetunion in Ostmitteleuropa und die militärisch-politische Konkurrenz mit den USA, womit auch das Engagement in der Dritten Welt einherging, überforderte die sowjetische Führung. Darüber hinaus wurde der Rückzug aus der Hegemonialstellung von der Überlegung begleitet, daß die Reform des Sozialismus nur in einem wohlwollenden internationalen Klima gelingen könnte. Die Außenpolitik der Sowjetunion hatte also in der zweiten Hälfte der 80er Jahre vor allem die Funktion, der Perestrojka im Inneren Flankenschutz zu

geben. In diesem Sinne läßt sich von einer Priorität der Innenpolitik sprechen, die eine Neuorientierung der internationalen Beziehungen unausweichlich machte.

Die hervorstechenden Züge der neuen Außenpolitik waren eine wesentlich größere Bereitschaft zur Partnerschaft und zum gemeinsamen Krisenmanagement mit dem Westen sowie ein Disengagement in der Dritten Welt bzw. innerhalb dessen, was traditionell als „das sozialistische Lager“ bezeichnet worden war. Dabei gab es für die neue Außenpolitik keine feste Architektur (Grand Design) und schon gar keinen vorab festgelegten Zeitplan. Was im Nachhinein konsequent und schlüssig erscheint, war in Wirklichkeit ein „quälender Prozeß des Vorwärts und Zurück, des Bremsens und der Beschleunigungs. Das Ziel war die Entlastung der Weltmacht Sowjetunion von Überengagement, aber nicht ihre Demontage“ (*Simon 1993, S. 190*).

Gorbatschow machte die Gipfeltreffen mit den amerikanischen Präsidenten Reagan (seit November 1985) und Bush (seit Januar 1989) zu einem herausragenden Instrument seiner Politik von der Konfrontation zur Partnerschaft und zielte darauf ab, den Weltmachtstatus der Sowjetunion und eigene Führungsqualitäten zu demonstrieren. Außenpolitik im Blick auf Unterstützung der westlichen Welt verlangte nun vor allem die Beendigung jener beiden Konflikte, durch die die Sowjetunion seit Beginn der 60er Jahre in eine kräftezehrende Doppelkonfrontation geraten war: des Ost-West-Konflikts und des „Ost-Ost-Konflikts“ mit der VR China. In diesem Sinne eröffnete Gorbatschow mit seiner „Wladiwostok-Rede“ vom 28. Juli 1986 die Perspektive einer Versöhnung mit China und einer De-Militarisierung der Region und kam den Interessen der asiatischen Staaten entgegen (*Glaubitz/Heinzig 1986*). Parallel unterbreitete er weitreichende Angebote zur Abrüstung und Rüstungsbegrenzung an die USA bzw. den Westen.

Abrüstung – von der „Tod-“ zur „Freirüstung“

Wenngleich sich die wesentlichen Ergebnisse der Annäherungspolitik in immer weiteren Vorschlägen zur Rüstungskontrolle und Abrüstung niederschlugen, waren sie dennoch vor allem Ausdruck des Krisenbewußtseins in der UdSSR und der Erkenntnis, daß man die Überforderung der eigenen Leistungskraft abbauen mußte, solange dafür überhaupt noch Gegenleistungen von westlicher Seite zu erzielen waren. (*Bonwetsch 1992, S. 561*). Speziell mit seiner Rüstungskontroll- und Abrüstungspolitik verfolgte Gorbatschow dreierlei Ziele: die Entnuklearisierung Europas, die schon von seinen Vorgängern eingeleitete Verlangsamung der sowjetischen Rüstung und die außenpolitische Absicherung des Reformprozesses, indem knappe Ressourcen freigesetzt und in die Investitionswirtschaft geleitet werden sollten (*Czempiel 1989, S. 226*).

Die sowjetischen Initiativen leuchten um so mehr ein, führt man sich die Tatsache vor Augen, daß nach Schätzungen amerikanischer Nachrichtendienste in der Sowjetunion zu Beginn der 70er Jahre 12 bis 14 Prozent, Mitte der 80er Jahre 15 bis 17 Prozent, Ende der 80er Jahre mit ca. 200 Mrd. Rubeln sogar 20 bis 25 Prozent des BSP für militärische Zwecke aufgewendet wurden – in den USA hingegen betragen

die militärischen Aufwendungen in den 80er Jahren nur ca. sechs Prozent des amerikanischen BSP (*Simon 1993, S. 110*).

Die wesentlichen Ergebnisse dieser in wortwörtlichem Sinne „entwaffnenden“ Politik lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Abschluß der Stockholmer Konferenz für Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen in Europa (KVAE) im September 1986;
- Vertrag über Kernwaffen mittlerer Reichweite (INF) am 8. Dezember 1987, in dem sich die USA und die Sowjetunion zur sog. doppelten Null-Lösung, d. h. zur Verschrottung aller landgestützten Raketen mit Reichweiten von 500 bis 1000 km und 1000 bis 5500 km verpflichteten. Die sowjetische Seite verzichtete dabei auf wesentlich mehr Systeme als die USA (*Risse-Kappen 1987*);
- die Ankündigung Gorbatschows einer einseitigen Reduzierung der Sowjetarmee um eine halbe Mio. Personal und 10 000 Panzer im Dezember 1988 vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen;
- Vertrag über Produktionsstopp und Vernichtung von Chemiewaffen am 1. Juni 1990, der die Reduzierung der amerikanischen und sowjetischen Arsenale auf je 5000 Tonnen im Jahre 2002 vorsah;
- Unterzeichnung der im März 1989 in Wien begonnenen Verhandlungen über Konventionelle Streitkräfte in Europa (VKSE) im November 1990 auf dem KSZE-Gipfel in Paris, bei der sich die NATO und der Warschauer Pakt verpflichteten, die Zahl ihrer Kampfpanzer und Artilleriegeschütze auf je 20 000 für jede Seite zu reduzieren;
- Unterzeichnung des Vertrages über die Reduzierung der strategischen Atomwaffen (START) am 31. Juli 1991 auf dem sechsten und letzten Gipfeltreffen zwischen den Präsidenten Gorbatschow und Bush in Moskau – drei Wochen, bevor Gorbatschow durch den August-Putsch politisch handlungsunfähig wurde. Die Bedeutung des Vertrages hängt nicht zuletzt damit zusammen, daß die Verhandlungen hierüber lange Zeit durch das sowjetische Junktim zwischen Abrüstungsvereinbarungen und einem amerikanischen Verzicht auf die „strategische Verteidigungsinitiative“ (SDI) erschwert worden waren.

Aufgabe des imperialen Führungsanspruchs – die Emanzipation der Peripherie

Auch Gorbatschows „Umdenken“ in der „Block-Politik“ (*Hacker 1988*) begann sich erst im Verlauf des Jahres 1987 abzuzeichnen und war von der Einsicht geleitet, daß man angesichts der gewaltigen Schwierigkeiten im eigenen Land dem Selbständigkeitsstreben vor den sowjetischen West-Grenzen kaum entgegentreten und bestenfalls ein neues, gelockertes sicherheitspolitisches Arrangement an die Stelle bisher geforderter Vasallentreue setzen konnte (*Hacker 1990*). Bis zum Frühjahr 1987 hatte Gorbatschow allerdings wohl gehofft, den Desintegrations- und Emanzipati-

onstendenzen im Warschauer Pakt-Bereich mit Rhetorik und einem weitgehenden Verzicht auf programmatische Erklärungen Einhalt gebieten und die Blockdisziplin wiederherstellen zu können. Die Stationen der nachfolgenden Entwicklung, die in die Aufgabe der Doktrin von der Überlegenheit des sowjetischen Modells mündete, lassen sich wie folgt chronologisch zusammenfassen:

- Den ersten wesentlichen Schritt zum Abbau des Vormachtanspruchs der UdSSR und der KPdSU vollzog Gorbatschow mit seiner Rede am 10. April 1987 auf einer Kundgebung der tschechoslowakisch-sowjetischen Freundschaft in Prag. „Wir sind“, so der Kreml-Chef, „weit davon entfernt, irgend jemand dazu aufzurufen, uns zu kopieren. Jedes sozialistische Land hat seine Spezifik. Die Bruderparteien legen den politischen Kurs unter Berücksichtigung der nationalen Bedingungen fest. Hinzu kommt, daß einige Probleme, die in der UdSSR jetzt den Vorrang haben, in anderen sozialistischen Ländern gelöst sind oder auf eigene Weise gelöst werden . . . Niemand hat das Recht, Anspruch auf eine Sonderstellung in der sozialistischen Welt zu erheben. Die Selbständigkeit jeder Partei, ihre Verantwortung vor dem eigenen Volk und das Recht, souverän die Fragen der Entwicklung des Landes zu lösen, sind für uns selbstverständliche Prinzipien . . . Keine einzige Partei besitzt das Monopol auf die Wahrheit“ (*Sowjetunion heute* 5/1987, S. III). In den folgenden Monaten war Gorbatschow bereit, weitere Abstriche am Vormachtanspruch der UdSSR und der KPdSU vorzunehmen. Bei seinem Besuch Mitte März 1988 in Belgrad unterstrichen beide Seiten die „Bedeutung einer konsequenten Anwendung der Prinzipien und der Politik einer aktiven friedlichen Koexistenz zwischen allen Staaten“ (*Europa-Archiv* 1988, S. D 241).
- Ohne daß zunächst eindeutig klar war, was dies in der praktischen Politik bedeuten sollte, folgte der nächste Schritt auf der XIX. Allunionskonferenz der KPdSU am 28. Juni 1988, als Gorbatschow von der Freiheit der Völker und Staaten bei der Wahl ihres Gesellschaftssystems sprach.
- Mit seiner Rede vor der UNO-Generalversammlung am 7. Dezember 1988 unterstrich Gorbatschow sein Bekenntnis zum Prinzip der freien Wahl, als er unmißverständlich darauf hinwies, daß „für uns . . . die Verbindlichkeit des Prinzips der freien Wahl über jeden Zweifel erhaben (ist)“. Wichtig war auch sein Hinweis darauf, daß „die Entideologisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen“ zu einem Gebot der neuen Epoche geworden sei (*Europa-Archiv* 1/1989, S. 26).
- Das Kommuniqué der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer-Paktes am 7./8. Juli 1989 in Bukarest wartete mit einer wichtigen neuen Formel auf. Die Teilnehmer der Tagung gingen davon aus, „daß es keine universellen Sozialismus-Modelle gibt . . . Der Aufbau einer neuen Gesellschaft ist ein schöpferischer Prozeß. Er entwickelt sich in jedem Land entsprechend seinen Bedingungen, Traditionen und Erfordernissen . . . Es wurde ebenfalls die Notwendigkeit unterstrichen, die Beziehungen zwischen ihnen auf der Grundlage der Gleichheit, Unabhängigkeit und des Rechts eines jeden, selbständig seine eigene politische Linie, Strategie und Taktik ohne Einmischung von außen aufzuarbeiten, zu entwickeln“ (*Europa-Archiv* 44/1989, S. D 599).

Mit diesem Beschluß, aber auch mit einem Beschluß des Komitees der Außenminister der Warschauer Pakt-Staaten am 26./27. Oktober 1989 in Warschau, der den „Bruderstaaten“ in noch markanterer Weise die volle Entscheidungsfreiheit über die inneren Angelegenheiten bestätigte, legte die östliche Militärallianz endgültig die anlässlich der Niederschlagung des „Prager Frühlings“ 1968 formulierte „Breschnew-Doktrin“ zu den Akten.

Doch erst der Verlauf des Jahres 1989 verdeutlichte den Willen der sowjetischen Führung, die von ihr postulierten Prinzipien der „freien Wahl“ und „bedingungslosen und vollen Gleichheit“ auch zu praktizieren, indem sie die weitreichenden innenpolitischen Veränderungen in Ost-Mitteuropa hinzunehmen bereit war – was allerdings durch die Zusicherung von Präsident Bush während des Gipfeltreffens im Dezember 1989 vor Malta und Mai/Juni 1990 in Washington flankiert wurde, die USA würden die Veränderungen in Osteuropa nicht einseitig zu ihren Gunsten ausnutzen. Diese Entwicklungen sollten weitreichende Konsequenzen für das sowjetische Imperium zeitigen – nicht nur in Ostmitteleuropa, das die Basis und Legitimation für den sowjetischen Aufstieg zur Weltmacht und den Kern des sog. sozialistischen Weltsystems gebildet hatte, sondern auch in seiner eigenen mittelasiatischen Peripherie ebenso wie in den mit der UdSSR verbundenen Dritte-Welt-Staaten, was in dieser Tragweite vermutlich selbst von Gorbatschow nicht vorhergesehen worden war.

Eine Reihe von Indizien spricht für die These, daß die von Gorbatschow eingeleitete Spannungsminderung nicht zuletzt den Regierungen in Osteuropa ein wichtiges Mittel zur Konsensfindung entzog und zum Motor der friedlichen Revolutionen des Jahres 1989 wurde, deren wichtigste Etappen hier kurz skizziert werden:

- Im April 1989 wurde in Polen „Solidarność“ offiziell wieder legalisiert und die Abhaltung freier Wahlen für Juni 1989 vereinbart. Infolgedessen trat Tadeusz Mazowiecki als erster nicht-kommunistischer Premierminister in Polen am 19. 8. 89 sein Amt an.
- In Ungarn wurde am 5. August 1989 János Kádár endgültig gestürzt, am 19. Oktober die Einparteienherrschaft beseitigt und die politische Opposition legalisiert. Am 11. September unternahm die ungarische Regierung den für spätere Zeit entscheidenden Schritt, ihre Westgrenze für Ostdeutsche, die Zuflucht in Ungarn gesucht hatten, zu öffnen; drei Wochen später tat Prag das gleiche.
- Nicht zuletzt diesen Maßnahmen und Reformen war es zu verdanken, daß die Bevölkerung in der DDR am 9. November 1989 die Öffnung der Grenzen erzwang, die SED stürzte und schließlich die Vereinigung mit der Bundesrepublik herbeiführte.

Insbesondere die neuen, nichtkommunistischen Regierungen verlangten einen raschen Rückzug der sowjetischen Truppen aus ihren Staaten. Sie sahen darin eine wesentliche Voraussetzung für ihre Sicherheit und Souveränität. So einigte sich die sowjetische Regierung am 26. Februar mit der Tschechoslowakei und am 10. März 1990 mit Ungarn auf den vollständigen Abzug aller sowjetischen Streitkräfte bis zur Jahresmitte 1991.

Die Auflösung des Warschauer Paktes – das Ende der Bipolarität

Doch das Aus für den Warschauer Pakt erfolgte erst ein Jahr später: Am 25. Februar 1991 wurde mit der Unterzeichnung eines Dokuments auf einem Treffen der Außen- und Verteidigungsminister in Budapest das Ende des Warschauer Pakts als militärisches Bündnis zum 1. April 1991 besiegelt – bis dahin sollten das militärische Oberkommando, der Generalstab sowie alle anderen Institutionen aufgelöst werden; darüber hinaus erloschen die gegenseitigen Verpflichtungen zum Beistand im Falle eines Angriffs. Vorangegangen waren allerdings drei wichtige Entwicklungen:

- Am 7. Mai 1990 hatten sich die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten des Paktes in Moskau auf die Bildung einer Kommission geeinigt, die bis Ende Oktober 1990 Vorschläge zur Umwandlung des Bündnisses in einen auf demokratischen Prinzipien beruhenden Vertrag souveräner und gleichberechtigter Staaten ausarbeiten sollte. Die Vorschläge sollten als Grundlage für Reformbeschlüsse eines für Ende November 1990 angesetzten Sondergipfels des Warschauer Paktes dienen;
- Wichtigste Voraussetzung für eine Entmilitarisierung des östlichen Bündnisses war die Tatsache, daß die NATO auf ihrer Gipfelkonferenz der Staats- und Regierungschefs am 6. Juli 1990 mit der „Londoner Erklärung“ dem Warschauer Pakt vorschlug, gemeinsam zu erklären, „daß wir uns nicht länger als Gegner betrachten“ (*Europa-Archiv* 17/1990, S. D 456–460);
- Ende Januar 1991 sprachen sich die Außenminister Ungarns, Polens und der ČSFR auf einem Treffen in Budapest für die Auflösung der WPO bis Jahresende aus und forderten die anderen Paktmitglieder, die Sowjetunion, Bulgarien und Rumänien, auf, sich zu einem neuen Termin für den verschobenen Gipfel zu äußern. Nachdem sich auch Bulgarien und Rumänien offiziell für eine Auflösung des Paktes ausgesprochen hatten, reagierte auch der sowjetische Präsident Anfang Februar in einem Brief an alle Regierungschefs der WPO und schlug die formelle Auflösung der militärischen Strukturen des Bündnisses vor.

Die Aufgabe des Engagements in der Dritten Welt – das Ende der Drittwelt-Konflikte?

War die sowjetische Hegemonie über Ostmitteleuropa das Ergebnis des Zweiten Weltkrieges, so hatte die UdSSR ihre Macht- und Einflußpositionen in der Dritten Welt im wesentlichen in den 60er und 70er Jahren erworben. Doch das Ausgreifen in die Dritte Welt war schon seit Beginn der 80er Jahre, nicht zuletzt im Gefolge der Afghanistan-Invasion, in eine Krise geraten. Doch allgemein war die Ernüchterung über das Engagement, insbesondere in Afrika und im Nahen Osten, nicht weniger bitter als die amerikanischen Erfahrungen in der Dritten Welt. Denn die in jahrzehntelangen politisch-ideologischen Anläufen erlangten „Geländegewinne“ durch

„Freundschaftsverträge“ – wie spätere Entwicklungen zeigten – weithin nur Scheinerfolge. Ob in Westafrika (Ghana, Guinea, Benin, Kongo-Brazzaville oder dem Sahelstaat Mali), ob an der Ostflanke Ägyptens (Sudan oder Somalia), ob im Nahen Osten (Irak, Syrien, die PLO und Südjemen) - überall erwiesen sich Vorstellungen von hegemonialer Expansion als machtpolitische Träumereien. Dies hing mit der Tatsache zusammen, daß das „Vordringen“ in den Regionen des Südens weniger auf die Begeisterung der Eliten für das sowjetische Modell zurückzuführen war als auf den Ost-West-Konflikt, der diesen Handlungsspielräume eröffnet, da sie in der Lage waren, die Supermächte für eigene Zwecke gegeneinander auszuspielen. Manche Länder entwickelten eine wahre Virtuosität, wenn es um dringlich werdende Rückenstärkung in regionalen Auseinandersetzungen, um Stabilisierung und Erhaltung ihres Herrschaftsanspruchs oder wirtschaftliche Hilfe ging.

Es verwundert daher nicht, daß viele von der Sowjetunion als Erfolg verbuchte Allianzwechsel in der Dritten Welt in Form von „Nachziehverfahren“ erfolgten und die UdSSR vielfach allenfalls der „Kostgänger“ von Fehlern der USA bzw. des Westens war:

- So wandte sich der ägyptische Präsident Nasser Mitte der fünfziger Jahre erst dann an die Sowjetunion, als der Westen ihm Wirtschafts- und Militärhilfe verweigerte;
- Kuba orientierte sich erst nach dem Zuckerembargo der USA und der von John F. Kennedy unterstützten „Schweinebuchtaktion“ an der Sowjetunion;
- Somalia wandte sich erst 1964 dem Osten zu, nachdem sich der Westen, insbesondere die USA, aus Rücksichtnahme gegenüber Äthiopien geweigert hatte, das Land zu unterstützen;
- in Äthiopien wiederum versuchten die USA bis zuletzt, Kaiser Haile Selassie zu halten. Erst eineinhalb Jahre nach der Revolution im September 1975 orientierte sich das neue Regime an der Sowjetunion;
- in Angola und Mozambique erfolgte die Umorientierung 1975, als der Westen, insbesondere die USA, der UNITA (Nationalunion für die volle Unabhängigkeit Angolas) und dem FNLA (Nationale Befreiungsfront von Angola) über Südafrika und Zaire und der RENAMO (Nationale Widerstandsbewegung Mozambique) durch Südafrika Militärhilfe zukommen ließen ;
- Nicaragua schließlich wandte sich erst dann an die Sowjetunion, als die USA versuchten, das sandinistische Regime durch militärische Bedrohung und Embargo zu disziplinieren.

Gleichwohl ist unbestritten, daß die Sowjetunion seit 1988 aktiv zur Entschärfung von Regionalkonflikten beitrug, sei es, daß sie konstruktiv mit den USA und der UNO zusammenarbeitete, sei es, daß sie auf ihre Klientel einwirkte, Konzessionen zu machen. Eingeleitet wurde dieser Prozeß am 15. Mai 1988 durch eine Vereinbarung über den Abzug sowjetischer Truppen aus Afghanistan bis Anfang 1989. Den Hintergrund bildete die seit 1986 immer deutlicher werdende Tatsache, daß der

Krieg nur durch eine weitere massive militärische Eskalation hätte gewonnen werden können, nachdem die Mujaheddin mit modernen Abwehrwaffen (Stinger-Raketen) ausgerüstet worden waren und die sowjetisch-afghanischen Streitkräfte die unbegrenzte Luftüberlegenheit eingeübt hatten. Weitere Beispiele waren:

- die Übereinkunft zwischen Angola, Südafrika und Kuba über den Abzug kubanischer Truppen aus Angola im August 1989 und parallel dazu die Schaffung der Voraussetzungen für die Unabhängigkeit Namibias;
- die Bereitschaft Vietnams, sich bis Ende 1990 aus Kambodscha zurückzuziehen;
- die Verständigung der nicaraguanischen Bürgerkriegsparteien auf der Grundlage des Arias-Plans vom Februar 1989, die Einstellung der Kämpfe sowie die Durchführung von freien Wahlen im Februar 1990, nachdem die Sowjetunion bereits seit Ende 1988 ihre Militärhilfe an Nicaragua eingestellt hatte.

Fazit

Es ist nicht ausgeschlossen, aber doch unwahrscheinlich, daß Gorbatschow diese radikalen Veränderungen vorausgesehen oder intendiert hat. Wie die hier skizzierten Entwicklungen verdeutlicht haben, sind sie vielmehr die logische Konsequenz seiner Bemühungen, die Vereinbarkeit des Unvereinbaren zu vollziehen: Die KPdSU sollte zu einer parlamentarisch-demokratischen Partei werden; staatlich gesteuerte Planwirtschaft sollte mit Marktwirtschaft verbunden werden. Dies sollte sich in einem „sozialistischen Rechtsstaat“ vollziehen, in dem „sozialistischer Meinungspluralismus“ herrschte. Im Laufe der Jahre wurde allerdings zunehmend offensichtlich, daß mit Hilfe dieser Grundsätze zwar das alte System demontiert, aber kein neues aufgebaut werden konnte (*Simon 1993, S. 33*) – mit dem Ergebnis, daß nach dem Scheitern aller Bemühungen um die Erhaltung der Union bis zum Ende August 1991 nur noch die Bildung einer lockeren Konföderation, eines Commonwealth, gegründet auf die völlige Unabhängigkeit der einzelnen Republiken zur Debatte stand (*Jahn/Maier 1992, S. 4*). Schließlich besiegelte die Ratifizierung der Gründungsdokumente der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) durch die Obersten Sowjets der meisten Republiken, die am 21. Dezember 1991 in Alma-Ata unterzeichnet wurden, das Ende der UdSSR und veranlaßte den (letzten) Staatspräsidenten des Imperiums, Michail Gorbatschow, am 25. 12. 1991 zum Rücktritt.

Literatur

Aichinger, Wilfried/Arthur F. Mairwald: Die globale Bündnispolitik der UdSSR, in: Österreichische Militärische Zeitschrift, Teil 1: Warschauer Pakt und Europa, Heft 3/1987, S. 238–250; Teil 2: Ostasien, der indische Subkontinent und der pazifische Raum, Heft 4/1987, S. 319–330; Teil 3: Naher und Mittlerer Osten, Heft 5/1987, S. 422–432; Teil 4: Afrika, Heft 6/1987, S. 534–546

Beschloss, Michael R./Strobe Talbott: Auf höchster Ebene. Das Ende des Kalten Krieges und die Geheimdiplomatie der Supermächte 1989–1991, Düsseldorf-Wien-New York 1993

Birkenbach, Hanne-Margret: Frieden in Europa – Krise im Balkan – Krieg am Golf, in: Informationsdienst Wissenschaft und Frieden Nr.1–2/1991

- Bonwetsch, Bernd:* Das Ende der Sowjetunion: die untragbare Bürde der Weltmacht, in: Osteuropa 7/1992, S. 551–563
- Buchbender, Ortwin /Hartmut Bühl/Heinrich Quaden:* Sicherheit und Frieden, Herford 19873
- Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.):* Die Sowjetunion im Umbruch. Eine Zwischenbilanz 1991, Bonn
- Campbell, Kurt M./Neil MacFarlane:* Gorbachev's Third World dilemmas, London 1989
- Czempiel, Ernst-Otto:* Machtprobe. Die USA und die Sowjetunion in den achtziger Jahren, München 1989
- Czempiel, Ernst-Otto:* Weltpolitik im Umbruch. Das internationale System nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes, München 1991
- Davis, Christopher:* Interdependenz des Verteidigungssektors und des Zivilektors: Konzepte, Probleme und Reform, in: Christopher Davis u.a. (Hrsg.): Rüstung. Modernisierung. Reform. Die sowjetische Verteidigungswirtschaft in der Perestroika, Köln 1990, S. 61–95
- Gorbatschow, Michail:* Aufbruch ins Jahr 2000. Der sowjetische Abrüstungsplan, die innere Reform der Sowjetunion und Westeuropa, Köln 1986
- Gorbatschow, Michail:* Die wichtigsten Reden, Köln 1987
- Gorbatschow, Michail:* Perestroika. Die zweite russische Revolution. Eine neue Politik für Europa und die Welt, München 1987
- Gorbatschow, Michail:* Glasnost: Das neue Denken, Berlin 1989⁴
- Gorbatschow, Mikhail:* Meine Vision: Die Perestroika in den neunziger Jahren. Ausgewählt und herausgegeben von Hartmut Nowotny, Günzburg 1990²
- Hacker, Jens:* Block-Politik der UdSSR, in: Rolf Schlüter (Hrsg.): Wirtschaftsreformen im Ostblock in den 80er Jahren, Paderborn 1988
- Hacker, Jens:* Michail Gorbatschow und die engere „sozialistische Gemeinschaft“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B19–20/1990, S. 30–39
- Hecker, Hans:* Untergang eines Weltreiches, in: Osteuropa, Heft 6/1992, S. 465–481
- Jahn, Egbert/Barbara Maier:* Das Scheitern der sowjetischen Unionserneuerung, HSFK-Report 2/1992, Frankfurt am Main 1992
- Mommsen, Margareta/Hans-Henning Schröder (Hrsg.):* Gorbatschow's Revolution von oben. Dynamik und Widerstände im Reformprozeß der UdSSR, Frankfurt am Main 1987
- Opitz, Peter J.:* Entwicklung im Zwielicht – Anmerkungen zur Struktur und zum Profil einer Dekade, in: derselbe (Hrsg.): Probleme der Entwicklungsländer, München 1991, S. 7–44
- Risse-Kappen, Thomas:* Null-Lösung. Die weltweite Abrüstung der landgestützten Mittelstreckenflugkörper. Eine politische Bewertung, HSFK-Report 7/1987, Frankfurt am Main
- Schewardnadse, Eduard:* Die Zukunft gehört der Freiheit, Reinbek 1991
- Schröder, Hans-Henning:* Sowjetische Rüstungsforschungspolitik, in: Christopher Davis u.a. (Hrsg.): Rüstung. Modernisierung. Reform. Die sowjetische Verteidigungswirtschaft in der Perestroika, Köln 1990, S. 180–203
- Simon, Gerhard:* Die Osteuropaforschung, das Ende der Sowjetunion und die neuen Nationalstaaten, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 52–53/1992, S. 32–38
- Simon, Gerhard und Nadja:* Verfall und Untergang des sowjetischen Imperiums, München 1993
- Steiner, Herbert/Maria Sporrer:* Gorbatschow: Was ich wirklich will, Frankfurt am Main 1988
- Weithmann, Michael W.:* Krisenherd Balkan. Ursprünge und Hintergründe des aktuellen Konflikts, München 1993